

13.12.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 17/7547 -

2. Lesung

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Berichterstatter:

Abgeordneter Hans-Willi Körfges

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/7547 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 13.12.2019 /Ausgegeben: 16.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes“ (Drucksache 17/7547) wurde am 9. Oktober 2019 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Verkehrsausschuss.

Mit dem Gesetzentwurf sollen ergänzende Vorschriften für die Durchführung von Straßenbaumaßnahmen und über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zwecks des Erhalts beziehungsweise der Wiederherstellung der Akzeptanz von Straßenbaumaßnahmen in das Kommunalabgabengesetz aufgenommen werden. So soll unter anderem für die Kommunen festgeschrieben werden, transparente Straßen- und Wegekonzepte aufzustellen. Zudem sollen künftig Grundstückseigentümer/-innen frühzeitig durch die Kommunen durch verpflichtende Anliegerversammlungen in die Planung von Straßenausbaumaßnahmen einbezogen werden.

Der Gesetzentwurf sieht ferner Regelungen zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Überforderung von Beitragspflichtigen vor. Er führt ferner eine räumliche Beschränkung der erschlossenen Fläche ein und schafft einen Ermäßigungstatbestand für Eckgrundstücke.

Zur Flankierung der Regelungen des Gesetzentwurfs legt die Landesregierung zur Entlastung der Beitragspflichtigen ein Förderprogramm von jährlich 65 Mio. Euro auf.

B Beratung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Gesetzentwurf seiner Sitzung am 10. Oktober 2019 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine Anhörung von Sachverständigen verständigt.

Daher wurden am 18. November 2019 folgende Experten gehört:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	17/2035
Dr. Bernd Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	

eingeladen	Stellungnahme
Thomas Hunsteger-Petermann Kommunalpolitische Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen e.V. Recklinghausen	nein
Lydia Schumacher „Schluss mit Strabs“ Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge in NRW Schleiden	17/2044
Kai Abruszat Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	nein
Gerd Grabenkamp Kämmerer der Stadt Essen Essen	nein
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. Bonn	nein
Rüdiger Otto Bauverbände NRW e.V. Düsseldorf	17/2031
Bund der Steuerzahler NRW e.V. Düsseldorf	17/2041
Dr. Gerd Thielmann Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz e.V. Mainz	17/2043
Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ Dr. Johannes Slawig Stadt Wuppertal Wuppertal	17/2039
Jörg Stüdemann Kämmerer der Stadt Dortmund Dortmund	
Thomas Kerkhoff Bürgermeister der Stadt Gescher Gescher	17/2034

eingeladen	Stellungnahme
Ulrich Francken Bürgermeister der Gemeinde Weeze Weeze	17/2042
Reimer Steenbock GeKom – Gesellschaft für Kommunalberatung und Kommunalentwicklung mbH Reinbek	17/2037
Dr. Torsten Spillmann Bürgermeister der Stadt Bad Laasphe Bad Laasphe	17/2032

(vgl. Ausschussprotokoll 17/818).

Zur Anhörung lagen zudem folgende weiteren Stellungnahmen vor:

Weitere Stellungnahmen	
Bürgerinitiative Villigst Schwerte	17/2040
Dr. Michael Heidinger Stadt Dinslaken Dinslaken	17/2045
Michael Dröge Verband Wohneigentum NRW e.V. Dortmund	17/2046
Dr. Frank Dudda Stadt Herne Herne	17/2047

Der mitberatende Verkehrsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 20. November 2019 abschließend mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 im Zuge der Mitberatung letztmalig beraten und ihn bei der Gelegenheit mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der AfD angenommen.

C Ergebnis

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 13. Dezember 2019 gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen

Hans-Willi Körfges
- Vorsitzender -